

Antrag 67/I/2025

Unterbezirk Dahme-Spreewald

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Der/Die Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Bundesparteitag, S und D-Fraktion (Konsens)

Digitale Souveränität stärken – Soziale Medien auf europäischer Infrastruktur aufbauen

- 1 1. Aufbau und Förderung eu-
- 2 ropäischer Alternativen zu
- 3 US- und China-Plattformen
- 4 - Initiative des Landes für
- 5 ein kommunales Pilotpro-
- 6 jekt, bei dem öffentliche
- 7 Kommunikation nicht über
- 8 US-Server (Meta, X/Twitter,
- 9 TikTok) läuft, sondern über
- 10 europäische, datenschutz-
- 11 konforme Alternativen
- 12 (z.B. Mastodon, Pixelfed,
- 13 Peertube etc.). - Unter-
- 14 stützung europäischer
- 15 Softwarelösungen durch
- 16 gezielte IT-Beschaffung in
- 17 Verwaltung, Bildung und
- 18 Kultur. - Partnerschaft
- 19 mit europäischen Open-
- 20 Source-Initiativen, um den
- 21 Aufbau digitaler Infrastruk-
- 22 tur mitzugestalten.
- 23 2. Digitale Souveränität als
- 24 Bildungs- und Demokratie-
- 25 thema - Digitale Aufklärung

in Schulen, Jugendzentren und der Erwachsenenbildung, die nicht nur Technikkompetenz, sondern auch Plattformkritik und Datenbewusstsein vermittelt. - Workshops und Veranstaltungen zu „digitaler Selbstverteidigung“, alternativen Plattformen und sicheren Kommunikationsformen. - Förderung einer demokratischen Netzkultur, die Meinungsfreiheit schützt, aber Desinformation, Hass und Manipulation klar begegnet – auf Grundlage europäischer Werte.

3. Politische Unterstützung für europäische Infrastrukturprojekte - Die SPD fordert das Land Brandenburg, den Bund und die EU auf,

- - Investitionen in europäische Cloud-, Kommunikations- und Plattformlösungen massiv zu erhöhen (z.B. über GAIA-X, European Public Stack etc.).
- kommunale Öffentlichkeiten in die Entwicklung einzubinden

60 – durch Pilotprojek-
61 te, Netzwerke und
62 Forschungscoopera-
63 tionen.

64 – Plattformregulierung
65 weiter zu verschär-
66 fen, damit euro-
67 päische Standards
68 wie Datenschutz-
69 Grundverordnung
70 (DSGVO) auch gegen
71 globale Digitalkon-
72 zerne durchgesetzt
73 werden.

74 Digitale Souveränität ist kein
75 Luxus, sondern eine Frage de-
76 mokratischer Selbstbestimmung
77 und wirtschaftlicher Resilienz.
78 Als SPD setzen wir uns für eine
79 Zukunft ein, in der soziale Medi-
80 en und digitale Kommunikation
81 nicht länger von außereuro-
82 päischen Interessen dominiert
83 werden – sondern auf offe-
84 nen, sicheren und solidarischen
85 Strukturen basieren.

86

87 **Begründung**

88 Soziale Medien sind zu zentralen
89 Plattformen gesellschaftlicher
90 Kommunikation, politischer
91 Meinungsbildung und wirtschaft-
92 licher Entwicklung geworden. Der
93 Großteil dieser digitalen Infra-

94 struktur liegt jedoch in der Hand
95 großer US-amerikanischer und
96 zunehmend auch chinesischer
97 Konzerne. Dies bedeutet nicht
98 nur eine ökonomische Abhän-
99 gigkeit, sondern auch einen Kon-
100 trollverlust über Datenschutz,
101 Algorithmen, demokratische
102 Standards und Meinungsfreiheit.
103 Die SPD Brandenburg sieht in
104 der digitalen Souveränität eine
105 Schlüsselaufgabe für Europa. Es
106 ist an der Zeit, dass Daten, Kom-
107 munikation und digitale Innovati-
108 on wieder auf europäischen Wer-
109 ten und Infrastruktur basieren.
110 Das Land kann dabei – gemein-
111 sam mit Kommunen und Bundes-
112 politik – als Impulsgeber*in für
113 europäische Alternativen wirken.